

Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP): Gleichbehandlung der treuen MonatsabonentInnen des Libero-Abos Zonen 10/11 mit den JahresabonentInnen

Das Jahresabo für die Zonen 10 + 11 kostet zurzeit Fr. 700.00 (2. Klasse). Das Jahresabo ist ideal für den Arbeits- und Schulweg, aber auch in der Freizeit. Wer innerhalb der Zonen 10/11 während 12 Monaten fährt, bezahlt nur für 10 Monate. Menschen mit geringerem Einkommen können es sich nicht leisten, auf einmal Fr. 700.00 für ein Jahresabo zu bezahlen. Sie sind daher darauf angewiesen, monatlich ein Abonnement für Fr. 70.00 zu lösen. Obwohl viele Menschen fast unterbruchsfrei das Abonnement für 10 Monate lösen, kommen sie nicht in den Genuss der zwei Gratis-Monate. Dies stellt eine Ungleichbehandlung dar.

Die Monatsabonnements sind nicht übertragbar und können aufgrund der Nummern der jeweiligen Abonentin bzw. dem jeweiligen Abonnenten zugewiesen werden. Wer also in Folge, d.h. mit einer maximalen Unterbruchsdauer von 14 Tagen, 10 Monatsabos vorweisen kann, sollte danach zwei Monatsabos unentgeltlich erhalten. Die Gemeinden sind im Libero-Tarifverbund nicht vertreten und haben bei der Festsetzung der Tarife von BERNMOBIL bzw. des Libero-Tarifverbunds kein Mitspracherecht. Die Stadt Bern als Eigentümerin des Unternehmens mit dem grössten Umsatzanteil im Tarifverbund verfügt via den Verwaltungsrat von BERNMOBIL über einen gewissen indirekten Einfluss.

Die SP/JUSO-Fraktion bittet deshalb den Gemeinderat, beim Verwaltungsrat von BERNMOBIL vorstellig zu werden, damit den treuen Monatsabonentinnen und Abonnenten, welche die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, ebenfalls eine Vergünstigung im Sinne von zwei Gratis-Monatsabos gewährt werden kann.

Bern, 28. Oktober 2010

Postulat Fraktion SP/JUSO (Rithy Chheng, SP), Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Leyla Gül, Miriam Schwarz, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Thomas Göttin, Giovanna Battagliero, Lea Kusano, Tanja Walliser, Silvia Schoch-Meyer, Ruedi Keller, Ursula Marti

Antrag des Gemeinderats

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 30. März 2011

Der Gemeinderat